

Der Bericht des Bundesrechnungshofes "Maßnahmen zur Corona-Bewältigung im Gesundheitswesen" vom 9. Juni 2021 (Seite 29)

*"Das RKI äußerte gegenüber dem BMG mit Schreiben vom 11. Januar 2021 die Vermutung, dass Krankenhäuser zum Teil weniger intensivmedizinische Behandlungsplätze meldeten, als tatsächlich vorhanden waren. Dadurch könnte der für die Gewährung von Ausgleichszahlungen erforderliche Anteil freier betreibbarer intensivmedizinischer Behandlungsplätze von unter 25 % erreicht werden. Krankenhäuser würden zunehmend die hauseigenen Controlling-Abteilungen mit der Übermittlung der Daten für das DIVI-Intensivregister verpflichten, um monetäre Nachteile für den Standort zu vermeiden. Dies sei dem RKI in zahlreichen E-Mails und Telefonaten konkret mitgeteilt worden ...
Das RKI empfahl, die Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser nicht mehr von den im DIVI-Intensivregister gemeldeten Daten abhängig zu machen."*

Wer berichtete wie?

Hier eine kleine Übersicht mit Auszügen aus Presseartikeln, die kürzlich veröffentlicht wurden. Die linke Spalte zeigt eine tendenziell eher "gemäßigte" Berichterstattung, die rechte Spalte eine tendenziell eher "kritische" Berichterstattung. Diese Übersicht soll eine Hilfe für "ausgewogenen Berichterstattung" sein, in der wesentliche Gesichtspunkte zur Geltung kommen:

Die Kliniken ihrerseits fühlen sich zu Unrecht angeprangert. Der Vorwurf sei schlichtweg falsch, dass die Häuser eine zu hohe Intensivauslastung gemeldet hätten, um von Ausgleichszahlungen zu profitieren, teilte die Deutsche Krankenhausgesellschaft mit: „Es gibt weder konkrete Hinweise noch belegbare Vorwürfe gegen ein Krankenhaus“ – auch vonseiten des Rechnungshofs nicht ... Im Übrigen zeige die extreme Belastung des Klinikpersonals, wie irrig die Vorstellung sei, dass die Pandemie „schlimmer gerechnet wurde, als sie eigentlich war“.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/haben-krankenhaeuser-falsche-angaben-zu-intensivbetten-gemacht-17385489.html>

Die sogenannte Bundesnotbremse sollte die Intensivstationen vor Überlastung schützen. Zum Beispiel mit einem Ausgangsverbot. Schulen blieben geschlossen. In den Kitas herrschte weiter Notbetrieb und Sing-Verbot. Läden und Restaurants blieben geschlossen und stolperten weiter ungebremst in die Pleite ... Wenn Maßnahmen wie Ausgangssperren und Lockdown der Läden allerdings auf Grund von falschen Zahlen ergriffen werden und die zuständigen Ministerien das wissen, dann handelt es sich um staatliche Freiheitsberaubung.

Gesundheitsminister Jens Spahn muss uns erklären, warum er den deutlichen Hinweisen des RKI nicht nachgegangen ist und weiter mit falschen Zahlen operiert hat. RKI-Chef Lothar Wieler muss uns erklären, warum er bei seinen zahlreichen TV-Auftritten kein Wort über seine Erkenntnisse zu der schwierigen Datenlage zur Intensivmedizin verloren hat. Angela Merkel muss erklären, warum sie trotz ungenauer Datenlage immer weiter vor Engpässen im Gesundheitssystem gewarnt hat und schließlich die dramatischen Maßnahmen durchgesetzt hat, die sehr wahrscheinlich gar nicht nötig waren.

<https://www.stern.de/politik/deutschland/intensivbetten-betrug--das-ist-freiheitsberaubung-30567954.html>

Dennoch: Bei aller berechtigten Kritik an diesen ausgesprochen merkwürdig, ja geradezu stümperhaft gestalteten Anreizsystemen geht die Springer-Presse nun deutlich zu weit: Daraus abzuleiten, die Corona-Maßnahmen seien überzogen gewesen, gibt diesen Betten eine Bedeutung, die sie egal in welcher Zahl nie hatten. So lange dies aufgrund fehlender Behandlungsmöglichkeiten mehrheitlich nur Sterbe- oder LongCovid-Vorbereitungsbetten sind, ist jedes belegte davon eines zu viel.

<https://www.mittellaendische.ch/2021/06/12/die-intensivbetten-ist-allenfalls-ein-lehrbuchbeispiel-f%C3%BCr-naive-fehlanreize>

Doch brisant wären mögliche Manipulationen nicht nur aus finanziellen Gründen. Denn die Belegung der Intensivbetten spielte auch in der Einschätzung der Corona-Lage durch die Regierung eine entscheidende Rolle. Verfälschte Zahlen könnten die Situation also schlimmer dargestellt haben, als sie tatsächlich war. Ein Vorwurf mit politischem Sprengstoff.

<https://www.merkur.de/politik/corona-intensivbetten-belegung-bundesregierung-politik-abrechnungen-krankenhaeuser-gelder-90807264.html>

Was die Erstattung für die Intensivbetten angeht, verwies Spahn auf den Beschluss von Bund und Ländern, die Zahl dieser Betten wegen der Pandemie zu verdoppeln. Die Länder müssten nun noch einen "Nachweis erbringen über die geschaffenen Betten", forderte er.

<https://www.stern.de/politik/deutschland/geldverschwendung-im-gesundheitsministerium--war-zahl-der-intensivbetten-manipuliert--30567918.html>

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) hat von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Aufklärung gefordert. „Angela Merkel ist jetzt die erste, die beantworten muss, was sie über die Falschangaben bei den Intensivbetten wusste“, sagte Kubicki der „Bild“. „Allein der Verdacht, dass die Bundesregierung Betrug über Monate gedeckt und verheimlicht und somit weiterhin ermöglicht haben könnte, würde alle bisherigen politischen Skandale dieser Republik in den Schatten stellen, inklusive der CDU-Spendenaffäre.“

https://www.focus.de/politik/deutschland/scharfe-kritik-an-spahn-zahl-der-intensivbetten-manipuliert-wuerde-bisherige-skandale-in-den-schatten-stellen_id_13382899.html

Vom Divi, dem Marburger Bund und der Deutschen Krankenhausgesellschaft hieß es im Mai in einer Stellungnahme, aus der das ZDF zitiert: "[Wir] weisen (...) die irreführenden Vorwürfe vom Spiel mit der Angst, der Manipulationen offizieller Statistiken und sogar die Unterstellung, rein aus finanziellem Interesse Patienten intensivmedizinisch zu behandeln, aufs Schärfste zurück."

<https://www.stern.de/politik/deutschland/geldverschwendung-im-gesundheitsministerium--war-zahl-der-intensivbetten-manipuliert--30567918.html>

Seit Januar weiß das Gesundheitsministerium in Berlin, dass die Zahlen der gemeldeten Intensivbetten falsch sind ...

Der Vorwurf klingt ungeheuerlich: Das Bundesgesundheitsministerium soll in der Corona-Pandemie „Unterstützungsleistungen nach dem Gießkannenprinzip“ für die Bereitstellung neuer Intensivbetten gezahlt haben. Im Zeitraum von März bis September 2020 hatte der Bund 50.000 Euro je Intensivbett an diverse Kliniken gezahlt, rechnerisch müsste es demnach 14.000 neue Intensivbetten geben. Nur: Der Bundesrechnungshof kann diese Betten nicht finden.

<https://www.fr.de/politik/intensivbetten-lauterbach-spahn-abrechnung-betrug-corona-intensivstationen-coronavirus-deutschland-90800788.html>

Trotz des möglichen Betrugs betont ein Sprecher aus Düsseldorf die Notwendigkeit der Zahlungen. „In vielen Fällen konnte nur dadurch das wirtschaftliche Überleben von Krankenhäusern gewährleistet werden“, heißt es. Zudem seien die Ausgleichszahlungen nicht nur an die Auslastung gebunden, sondern auch an andere Parameter, wie die Inzidenz und die Einstufung des Krankenhauses in Bezug auf seinen Beitrag zur Notfallversorgung. Zudem sei nie die Auslastung eines einzelnen Krankenhauses ausschlaggebend gewesen, sondern der Durchschnitt im Kreis.

https://www.siegener-zeitung.de/siegen/c-lokales/spur-fuehrt-in-die-region_a238068

Am vergangenen Freitag diskutierte und verabschiedete der Beirat des BMG die Analyse von Prof. Augurzky und Prof. Busse zum Leistungsgeschehen der Krankenhäuser und zur Ausgleichspauschale in der Corona-Krise. Die Analyse der Leistungsdaten aller deutschen Krankenhäuser hätten gezeigt, dass trotz der Aufforderung der Bundesregierung im Frühjahr 2020, planbare Leistungen zu verschieben, die stationäre Versorgung in Deutschland im ersten Pandemiejahr 2020 flächendeckend gewährleistet werden konnte. Nach einem Rückgang der Krankenhausfälle im Frühjahr um circa 30 Prozent, wurden auf Jahressicht im Bereich der allgemeinen Krankenhäuser 13 Prozent und im Bereich der psychiatrischen Kliniken 11 Prozent weniger Fälle als im Vorjahr versorgt. Im Jahresdurchschnitt waren vier Prozent aller Intensivbetten mit Corona-Patientinnen und -Patienten belegt.

<https://www.kma-online.de/aktuelles/politik/detail/stationaererloese-im-corona-jahr-2020-gestiegen-a-45484>

Quelle hierzu: Bundesgesundheitsministerium:

"Im Jahresdurchschnitt waren vier Prozent aller Intensivbetten mit Corona-Patientinnen und -Patienten belegt."

"Die Mitglieder des Beirats betonten, dass die Pandemie zu keinem Zeitpunkt die stationäre Versorgung an ihre Grenzen gebracht hat."

https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronaviruss/Analyse_Leistungen_Ausgleichszahlungen_2020_Corona-Krise.pdf